

de'ge'pol Empfehlungen im Mai 2024

Positionierung zum Umgang mit extremistischen Organisationen

Die de'ge'pol Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V. ist der Zusammenschluss der professionellen Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter in Deutschland. Professionelle Interessensvertretung ist ein zentraler Bestandteil einer funktionierenden Demokratie, da Interessengruppen über zentrales Fachwissen verfügen, das sie in den politischen Raum einbringen. Die Bewertung von Sachverhalten aus unterschiedlichen Perspektiven ist für den politischen Diskussionsprozess unerlässlich. Von daher ist es für die de'ge'pol auch als professioneller Berufsverband essenziell, die Demokratie zu schützen und gegen Angriffe resilient zu machen.

Für die de'ge'pol stellt sich daher nicht zuletzt durch den Einzug extremistischer Parteien in Parlamente auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene sowie im Europäischen Parlament die Frage des Umgangs mit Parteien, Bewegungen, Organisationen und Personen außerhalb oder am Rand des demokratischen Spektrums.

Bestandteil des für alle Mitglieder verbindlichen [de'ge'pol Verhaltenskodex](#) ist die Achtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes:

„Politikberatung ist Bestandteil demokratischer Prozesse. In der Ausübung ihres Berufes respektieren und befördern Politikberaterinnen und Politikberater die Grundsätze des internationalen Rechtes und die Vorgaben der nationalen Gesetzgebung, insbesondere die Grundsätze der Freiheit der Meinungsäußerung, des Rechts auf Information, der Unabhängigkeit der Medien und des Schutzes der Persönlichkeitsrechte. Integrität, die Einhaltung der demokratischen Spielregeln sowie die Achtung der demokratischen Grundordnung bilden die Voraussetzung für den Wettstreit um die besten Ideen und Konzepte. Mit diesem Selbstverständnis stehen die de'ge'pol-Mitglieder für die Professionalisierung der Politikberatung.“

Meinungsverschiedenheiten und Debatten sind integraler Bestandteil unserer pluralistischen und liberalen Gesellschaft. Dennoch gibt es Grenzen, insbesondere wenn Meinungen die Grundwerte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung angreifen oder infrage stellen.

Der liberale Rechtsstaat und die Demokratie sind das Herz unseres politischen Gemeinwesens. Als Stützpfeiler unserer Demokratie verpflichtet sich jedes Mitglied der de'ge'pol, demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien zu schützen und zu verteidigen. Wir stehen entschieden gegen jede Person oder Gruppe, die versucht, diese Grundordnung zu unterminieren. Dies ist insbesondere gegeben, wenn extremistische Organisationen wie beispielsweise Parteien, Vereine, oder andere politische Gruppen vom Bundesamt für Verfassungsschutz oder einem

der Landesämter als Verdachtsfall oder Fall gesichert extremistischer Bestrebung geführt werden.

Die Demokratie und unsere pluralistische Gesellschaft zu verteidigen, gelingt nicht durch bloßes Aussitzen oder dem vollständigen Ignorieren extremistischer Organisationen. Als Interessenvertretende sind wir aufgefordert, uns aktiv für die Demokratie einzusetzen und uns klar gegenüber extremistischen Organisationen inhaltlich zu positionieren. Insbesondere bieten wir keine Plattformen oder andere Gelegenheiten für die Verbreitung extremistischer Inhalte.

Vorstand und Beirat der de'ge'pol empfehlen daher den Mitgliedern der de'ge'pol für den Umgang mit extremistischen Parteien und deren Vertreterinnen und Vertretern:

Wir arbeiten als de'ge'pol Mitglieder weder als Arbeitnehmende, noch als Auftragnehmende für extremistische Organisationen.

Wir setzen uns inhaltlich mit den Positionen extremistischer Organisationen und den potenziellen Implikationen auf unsere Arbeit auseinander und können dazu inhaltliche Einschätzungen abgeben.

Wir raten unseren Auftraggebenden oder Arbeitgebenden von der Kontaktaufnahme zu derartigen extremistischen Organisationen und ihren Vertreterinnen und Vertretern ab.

Wir nehmen Vertreterinnen und Vertretern dieser extremistischen Organisationen nicht in Verteilerlisten für Veranstaltungen unserer Auftraggebenden oder Arbeitgebenden auf.

Wir raten unseren Auftraggebenden oder Arbeitgebenden, nicht an Veranstaltungen oder anderen Aktivitäten teilzunehmen, die von diesen extremistischen Organisationen oder für diese organisiert werden.

Wir raten unseren Auftraggebenden oder Arbeitgebenden, genau zu prüfen, ob sie an Veranstaltungen oder anderen Aktivitäten teilnehmen, bei denen Vertreterinnen oder Vertreter dieser extremistischen Organisationen vertreten sind.

Wenn Vertreterinnen oder Vertreter extremistischer Organisationen öffentliche Funktionen oder Ämter innehaben, können sie für unsere Auftraggebenden oder Arbeitgebenden wegen der damit einhergehenden Entscheidungsbefugnisse von signifikanter Bedeutung sein. Wir verpflichten uns in diesen Einzelfällen, alle zur Verfügung stehende Optionen zu evaluieren. Anderen Optionen ist vor der Interessenvertretung gegenüber diesen Personen der Vorzug zu geben. Nur, wenn eine Interaktion mit diesen Personen unumgänglich ist, halten wir es für legitim, Interessen gegenüber diesen Personen in ihren öffentlichen Funktionen oder Ämtern unter Hinweis auf die eigene kritische Haltung zur Positionierung der extremistischen Organisation zu artikulieren.

Mit diesen Empfehlungen wird zugleich der de'ge'pol Verhaltenskodex ausgelegt, der bei Verstößen Sanktionen bis hin zum Ausschluss aus der de'ge'pol vorsieht.